

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
177 · Ausgabe AG · August 2018

SP

UNSERE SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Eine soziale Politik, gerade im Sozial- und Gesundheitswesen, hat es im Aargau schwer. Vom zuständigen Departement ist wenig zu erwarten, und im Grossen Rat werden soziale Anliegen ausgebremst. Dazu kommen verleumderische Parteikampagnen von rechts: gegen Sozialhilfebeziehende, eigentlich gegen jede Art von solidarischer Politik.

Mit sozial- und gesundheitspolitischen Vorstössen der SP-Grossratsfraktion soll aufgezeigt werden, wo und wie aus SP-Sicht viel erreicht werden kann, ohne auf die sozial Schwächeren mit dem Finger zu zeigen: Wir wollen armutsbedrohte Familien unterstützen. Besonders Kinder müssen gestärkt werden. Sie sollen die Chance bekommen, eines Tages ein finanziell unabhängiges Leben zu führen. Dazu eignen sich Investitionen in die frühe Förderung, Kinderbetreuung, Familienergänzungszulagen, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme, Elternzeit und vieles mehr. Erwachsene sollen so gut und rasch wie möglich mit Eigenmotivation aus der Abhängigkeit herausgeführt werden können. Für den Frühherbst 2018 steht die Vernehmlassung zur Totalrevision des Spitalgesetzes an. Bei dieser wichtigen Gesetzesrevision wird die SP Stellung beziehen und sich bei den Beratungen klar engagieren. Auch im Gesundheitsbereich haben wir einige Ideen, welche wir im richtigen Moment sehr klar einbringen werden.

Yvonne Feri von
Wettingen ist
Aargauer
SP-National-
rätin.

Siehe Termine
Seite 16.

Wahlen 2019: Termine, Themen, Kampagnenmittel

Gabriela Suter
aus Aarau ist
Präsidentin der
SP Aargau und
Grossrätin.



Die letzten Jahre haben drastisch gezeigt, wohin eine rechte Parlamentsmehrheit führt: zu Abbau bei der sozialen Sicherheit und zu mehr Ungerechtigkeit – während gleichzeitig die Armeeausgaben erhöht und Steuergeschenke für Vermögende gemacht werden. Bei den Wahlen 2019 gilt es deshalb, die SVP/FDP-Mehrheit im Nationalrat zu brechen und unsere Sitze im Ständerat zu halten. Dazu müssen wir unseren Wähler_innenanteil auf deutlich über 20 Prozent erhöhen. Auch aus kantonalen Perspektive sind die Ziele klar: Wir wollen den dritten Nationalratssitz zurückholen und Pascales Ständeratssitz verteidigen.

Als erster wichtiger Entscheid steht die Ständeratsnomination an. Mit Yvonne Feri und Cédric Wermuth haben zwei äusserst

fähige, erfahrene Parteimitglieder mit grossem politischen Leistungsausweis Interesse an einer Kandidatur angemeldet. Der Parteitag vom 26. September wird bestimmen, mit wem wir antreten werden. Auch für die Nationalratswahlen ist die Kandidierendensuche am Laufen. Ende Oktober sollten die Nominierungen durch die Bezirksparteien abgeschlossen sein. Am Parteitag vom 19. Januar 2019 entscheiden wir über die Zusammensetzung und Gestaltung unserer Nationalratsliste, auf der gemäss Wahlkonzept mindestens 50 Prozent Frauen stehen sollen.

Kein Wahlkampf ohne Themen! Die SP hat im Juni das Jahr der Frau ausgerufen. Entsprechend bilden Gleichstellungsthemen einen Schwerpunkt im Wahljahr. Zudem wird die SP Schweiz im Herbst eine Prämienverbilligungsinitiative (analog unserer kantonalen Initiative) lancieren, die die Bevölkerung von den hohen Gesundheitskosten entlasten soll. Das dritte nationale Thema wird Wirtschaftspolitik sein.

Um die Aargauer Wählerin-

nen und Wähler zu mobilisieren, sind auch kantonale und regionale Themen wichtig. An der Präsidienkonferenz vom 13. November werden wir diese diskutieren. Zudem prüfen wir, eine eigene kantonale Initiative zu lancieren.

Wie in den vergangenen Wahljahren steht auch bei den Wahlen 2019 die Mobilisierung unserer Mitglieder und Sympathisant_innen im Zentrum. Der Basiswahlkampf umfasst diesmal aber nicht nur Telefonaktionen. Vielmehr sollen verschiedene Kampagnenelemente – Standaktionen, Tür-zu-Tür-Wahlkampf, Flyern und Telefonieren – verknüpft werden. Es ist unser Ziel, möglichst direkt und möglichst viel mit unseren Wähler_innen in Kontakt zu treten.

Um unsere Wahlziele zu erreichen, braucht es den Einsatz von uns allen. Wir müssen der Bevölkerung mit einfachen Worten aufzeigen, dass wir die besseren politischen Lösungen haben – in der Energie-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Ich freue mich darauf, diese Überzeugungsarbeit gemeinsam mit euch zu leisten!

KOMMENTAR



1618 – 1918

Am 1. August hielt ich eine Rede in Hornussen, zwei Tage später, am 3. August, sprach ich zur 800-Jahr-Feier in Mandach. Die beiden Dörfer liegen knapp 20 Autominuten voneinander entfernt. Wie das ganze Fricktal gehörte Hornussen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zu Vorderösterreich. Im Dreissigjährigen Krieg, der 1618 begann, wurde auch das Fricktal immer wieder von kriegerischen Auseinandersetzungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und Mord heimgesucht. Mandach unterstand in dieser Zeit der Berner Herrschaft. Es wurde deshalb von diesen kriegerischen Raubzügen verschont. Zufälligkeiten der Geschichte entschieden über Glück oder Unglück, über Leben und Tod. Die leidtragende Bevölkerung hatte dazu nichts zu sagen.

1918 war für die Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Familien in unserem Land eine schwierige Zeit. Die Kriegsjahre hatten viele Familien in die Armut getrieben. Arbeitslosigkeit, Hunger und Perspektivlosigkeit prägten das Leben. Hinzu kam die spanische Grippe, die in der Schweiz über 24 000 Todesopfer forderte, das waren vor allem junge Männer zwischen 20 und 40. Nun schaute die Bevölkerung nicht mehr zu. Der Generalstreik entstand 1918 aus der berechtigten Überzeugung heraus, dass soziale Reformen, dass Veränderungen zu Gunsten breiter Bevölkerungskreise dringend notwendig waren, dass mehr Gerechtigkeit in diesem Land möglich war und es sich lohnte, dafür zu kämpfen und auf die Strasse zu gehen.

Sich zu wehren und sich wehren zu dürfen, ist Ausdruck von Freiheit: 1918 wie heute.

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

Arbeitsplatzverlust

MIT 2,4 PROZENT LIEGT DIE OFFIZIELLE ARBEITSLOSENQUOTE SO NIEDRIG WIE SEIT ZEHN JAHREN NICHT MEHR. NUR: ZAHLEN KÖNNEN TÄUSCHEN. NICHT ERFASST SIND FRISCHE STUDIENABGÄNGER_INNEN, STELLENSUCHENDE IN BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMMEN UND AUCH JENE MENSCHEN, DIE KEINEN JOB MEHR FINDEN, DIE DANN IN DER SOZIALHILFE ODER IN DER INVALIDENVERSICHERUNG AUFTAUCHEN.



Florian Vock von Baden ist Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbunds und SP-Grossrat.

Für uns nichts Neues. Aber jahrelang die Einsicht, die zum Durchbruch des Sozialstaates geführt hat. Unternehmen und reiche Personen zahlen faire Steuern aus zwei Gründen: weil ein dadurch funktionierendes Staatswesen sie zu guten Staatsbürger_innen macht und so Bildung, Strassen, Gesundheitsversorgung und vieles mehr finanziert werden. Ohne den Staat gibt es keinen Gewinn.

Unternehmen zahlen aber auch mit Steuern für den Schaden, den sie selbst anrichten und der zur Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehört wie der Gewinn. Es ist der Schaden an Menschen und Umwelt. Wir flicken mit den Steuergeldern der Unternehmen, was diese kaputt machen. Das Burnout meiner Nachbarin wie die Sondermülldeponie Kölliken.

Das war der unausgesprochene Kompromiss. Gewinner und unkritische Personen geben sich bis heute damit zufrieden. Doch spätestens mit der Krise 2008 wurde er – für uns alle sichtbar – endgültig begraben.

Die soziale Verantwortung ist aufgeklärt. Der Klassenkampf von oben wird wieder offen geführt. Die Beispiele liegen auch mitten in meiner Stadt. Die Firma Ansaldo hat in Baden 24 Personen entlassen. Diese Zahl ist nicht zufällig: Ab 30 Personen wäre

Ansaldo gesetzlich zu einem Sozialplan verpflichtet.

Oder General Electric GE: Im Dezember 2016 konnte GE mit dem Segen der Aargauer Kantonsregierung über 14 Milliarden Franken steuerschonend aus der Schweiz nach Ungarn transportieren. Im Gegenzug versprach der Konzern die Stärkung des Standortes Schweiz. Nun stehen 748 Personen ohne Job da.

Im Moment verhandeln die Bauarbeiter_innen mit dem Baumeisterverband über den neuen Gesamtarbeitsvertrag. Und auch bei der SBB müssen Lokführerinnen, Rangierarbeiter und Kondukteure um ihre Arbeitsplatzqualität und -sicherheit fürchten. Auch sie sind gewerkschaftlich organisiert und verhandeln den neuen Gesamtarbeitsvertrag. Wir werden ihren Kampf sicher unterstützen.

Die Verteilung von Arbeit wie von Kapital stimmt nicht mehr.

Nicht organisiert sind aber die Sozialhilfebezüglerinnen, IV-Rentner und Arbeitslose. Sie stecken oft tief im (politisch gewollten) Schlamassel, und es fehlen ihnen Kraft, Möglichkeiten und Zeit, um sich politisch zu wehren. Umso wichtiger ist es, dass wir eine anwaltschaftliche Position einnehmen. Wo sollen alle die Leute ihr Leben verdienen, wenn es weniger Arbeitsplätze gibt?

Arbeit gibt es auch heute noch genug. Auch das Geld für die Löhne ist im reichsten Land der Welt vorhanden. Aber die Verteilung von Arbeit wie von Kapital stimmt nicht mehr: Die einen sind jahrelang arbeitslos, die anderen haben 50-Stunden-Wochen – krank werden beide. Es gilt, das Wirtschaftssystem auf seine Menschentauglichkeit zu überprüfen.

Die Forderungen liegen auf dem Tisch: Mindestlohn, Arbeitszeitreduktion, würdige Sozialhilfe und Ausbildungsoffensive. Bezahlte mit dem unanständigen Reichtum der GE- und Ansaldo-Grossaktionäre.



Wo Arbeitsplätze fehlen, kann auch das RAV nicht vermitteln.

POLITKURS MIT ANDI GROSS

Die unvollendete Direkte Demokratie

IM RAHMEN IHRER POLITISCHEN BILDUNGSOFFENSIVE BIETET DIE SP AARGAU EINE MEHRTEILIGE LESEWERKSTATT MIT ANDREAS GROSS (POLITIKWISSENSCHAFTLER, DEMOKRATIESPEZIALIST, LANGJÄHRIGER NATIONAL- UND EUROPAPARAT UND WAHLBEOBACHTER) ZUM THEMA DIREKTE DEMOKRATIE AN. WIE KAM SIE IN DAS SCHWEIZERISCHE SYSTEM, WAS SOLLTE SIE BEWIRKEN, WER PROFITIERTE, WER KONNTE UND KANN TEILNEHMEN? UND: GENÜGT DIE FORMELLE TEILHABE ODER BRAUCHT ES FÜR EINE WIRKLICHE DEMOKRATIE NOCH MEHR ALS DIE BÜRGER_ INNENBETEILIGUNG AN SACHENTSCHEIDEN? UND WIE STEHT ES MIT DER TRANS- NATIONALEN DIREKTEN DEMOKRATIE?



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Diesen Fragen geht Andi Gross, der sich in seinem ganzen politischen Leben mit der Bedeutung der Volksinitiative in der Schweiz und mit der weltweiten Verwirklichung der Demokratie befasst hat, in diesem Politikurs nach. Der dritte Teil findet in Baden statt. Grundlage dieser äusserst anregenden und inhaltsreichen Lesewerkstatt ist das Buch von Andi Gross «Die unvollendete Direkte Demokratie», das Texte des Autors von 1984 bis 2015 zur Geschichte der Direkten Demokratie in der Schweiz und über die Schweiz hinaus versammelt.

Ausgangspunkt Zürich

Die Demokratiebewegung der 1860er Jahre entzündete sich am Initiativrecht in Zürich. Der liberale Bundesstaat von 1848 sollte zwar allen Menschen die gleichen Grundrechte und die gleichen Erwerbs- und Aufstiegschancen geben. Mitbestimmen konnte aber nur eine repräsentative Elite, es galt die indirekte Demokratie. Unter dem «System», dem damaligen «Filz», durften nur christliche Männer parlamentarisch mitbestimmen. Keine Frauen, keine Juden. Die Liberalen sassen an den Hebeln der Macht, gründeten Privatbanken, bauten Eisenbahnen, führten Fabriken. Jedoch, obwohl noch nach Majorz gewählt wurde, setzten sich die Demokraten nach und nach gegen die Liberalen durch. 1864/5 erliess der Regierungsrat zur Beruhigung der Opposition ein Initiativrecht

für eine Totalrevision der Kantonsverfassung. Diese wurde im Januar 1868 mit 50 786 gegen 7374 Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 90 Prozent angenommen. Die Ausgestaltung der neuen Zürcher Verfassung enttäuschte dann viele. Andreas Gross meint, dass aber dieser engagierte Kampf der Bürger «gegen mächtigen Widerstand und mittels weitgehender Bürgerrechte ein Politikverständnis schuf (...), das die Menschen seither nachhaltig prägt».

Ist die Initiative kein wirksames Volksrecht?

Dass es vor allem linke Initiativen schwer haben und mangels Kampagnenfinanzen kaum Chancen gegenüber den Geldeseln der Bürgerlichen haben, führte manch engagierte Initiant_in zum Schluss: «(dann) stellt sich die Abstimmungsdemokratie nur als ein Mittel dar, das den real existierenden Kapitalismus mit einem Schein von Legitimität umgibt» (Willy Spieler, a.a.O. S.64). Stimmt. Stimmt aber auch nicht. Denn auch verlorene Initiativen wie die zur Armeeabschaffung zeigten und zeigen Wirkung.

Politische Rechte sind Menschenrechte und müssen schon darum immer weiter ausgebaut und weltweit erkämpft werden. Dies das Fazit dieses lehrreichen und erfrischenden Buches von Andreas Gross. Und anregend und vergnüglich sind auch die Lesezirkel mit diesem erfahrenen und unermüdlichen Kämpfer. Verpasst die Chance nicht und macht mit am Kurs vom 22. September in Baden!



Andreas Gross:
Die unvollendete Direkte Demokratie 1984–2015: Texte zur Schweiz und darüber hinaus. 384 Seiten. Zürich, Werdverlag 2016. Fr. 51.90 (im Kurs nach Voranmeldung Fr. 25.–)

KOMMENTAR



Wo anfangen?

Diese Frage stelle ich an den Anfang meiner Zusammenfassung über den Stand unseres Fachausschusses, denn die Herausforderungen im Asyl- und Migrationsbereich sind gross. Die SP Aargau hat sich schon immer in diesem Dschungel positioniert und setzt sich für menschenwürdige Entscheide ein. Auch unsere Fachausschussarbeit will das unterstützen. Es sind 28 Genossinnen und Genossen, die sich meldeten, und wir haben uns im letzten halben Jahr zu zwei Koordinations-sitzungen getroffen.

Asyl und Migration haben überschneidende Themen; aber es ist wichtig, die Bereiche wo nötig zu unterscheiden. So haben wir beschlossen, in zwei Untergruppen zu arbeiten und die Resultate und die Weiterbearbeitung an den Gesamtsitzungen zu besprechen und zu koordinieren.

Asyl: Ein Problem im Asylbereich ist, dass übersichtliche und gut kommunizierte Konzepte fehlen, die von allen Beteiligten verstanden und beachtet werden. Hier sind wir am Erstellen einer Tabelle zur Übersicht der Situation. Angedacht ist auch eine kommunalpolitische Tagung zum Thema «Beschäftigung».

Migration: Wir prüfen Statistiken der verschiedenen Aufenthaltsbewilligungen und probieren die Besonderheiten, Ziele und Probleme der verschiedenen Bewilligungsarten (B, C, Sans Papier, ...) zusammen zu stellen. Auch hierzu können wir uns eine parteiinterne Weiterbildung vorstellen. Viel anspruchsvolle, aber auch spannende Arbeit wartet auf uns. Wir sind offen für weitere Interessierte.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin. Sie präsidiert den Fachausschuss Asyl/Migration.

KOMMENTAR



Mit Energie an die Arbeit

Ziel des Fachausschusses Energie der SP Aargau ist es, die Energiepolitik im Energiekanton Aargau aktiv zu verfolgen und sich aus sozialdemokratischer Sicht mit zukunftsgerichteten Akzenten einzubringen. Dem Fachausschuss (FA) Energie der SP Aargau gehören aktuell über ein Dutzend engagierte SP Mitglieder an. Die Fachausschussmitglieder bringen mit ihrem beruflichen und politischen Erfahrungshintergrund ein breites Fachwissen mit.

Ein Sonnenstrahl am Energiewendehorizont

Am 21. Mai 2017 hat die Schweiz das Energiegesetz zur Energiestrategie 2050 mit 58,2 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Nun liegt die Botschaft des Aargauer Regierungsrates zur Anpassung des kantonalen Energiegesetzes vor. Mit der Anhörung dazu beschäftigte sich der FA Energie intensiv. Es geht dabei auch um die Umsetzung der neuen Mustervorschriften (MuKE) der Kantone im Energiebereich. Was der Regierungsrat vorschlägt, ist ein Sonnenstrahl am Energiewendehorizont. Nur ein Sonnenstrahl alleine macht aber noch keinen Sommer. Da muss mehr gehen. In diesem Sinne brachte sich der FA-Energie auch in die Vernehmlassungsantwort der SP Aargau zum revidierten Energiegesetz ein (Publiziert unter www.sp-aargau.ch/positionen/vernehmlassungen). Jetzt braucht es Taten statt Warten: Der Klimawandel ist auch in der Schweiz angekommen: In den letzten 150 Jahren hat die Jahresmittel-Temperatur in der Schweiz um rund 2 Grad zugenommen und auch die Nullgradgrenze ist deutlich angestiegen (NZZ, 22.02.18). Mit entsprechenden Folgen für Mensch und Umwelt. Wir spüren sie in diesem Sommer.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen-Obersiggenthal ist SP-Grossrat und präsidiert den SP-Fachausschuss Energie.

Gesundheit und Soziales



Yvonne Feri von Wettingen ist Aargauer SP-Nationalrätin. Von 2006 bis 2016 leitete sie als Gemeinderätin das Ressort Soziales und Familie in Wettingen.

Im Fachausschuss Gesundheit und Soziales beschäftigen wir uns mit den äusserst komplexen Themen in diesen Bereichen. Für den Teilbereich der Gesundheit haben wir eine Untergruppe gebildet, die vor allem die Themengebiete Kostenverteilung, Prävention und Privatisierung anschaut. Der Kostendruck im Gesundheitswesen ist enorm, über Qualität wird kaum gesprochen und die Ansprüche der Gesellschaft werden ausgeblendet. Da ist es schwierig, Rezepte gegen die Kostenexplosion zu finden.

Eine andere Gruppe legt den Fokus zurzeit auf die Sozialhilfe. Wir machen uns ausführlich Gedanken zu Stärken und Schwächen des Systems, denn das Thema polarisiert immer wieder in den Medien. Wir sind überzeugt, dass der allergrösste Teil der Sozialhilfe-BezügerInnen ehrliche und kooperative Menschen sind. Warum müssen dann für ein paar wenige «schwarze Schafe» Gesetzesverschärfungen her, die alle betreffen? Und wo bleibt im Gegenzug eine Verschärfung bei den Themen Schwarzarbeit oder Steuerhinterziehung? Einmal mehr sind die Schwächsten von einer Misstrauenskampagne betroffen.

Auch glauben wir, dass viele BürgerInnen kaum darüber Bescheid wissen, was es real für Betroffene bedeutet, Sozialhilfe zu beziehen. So müssen BezügerInnen unter anderem regelmässig ihre finanziellen Angelegenheiten offenlegen, detailliert Auskunft geben über ihre Lebens- und Wohnsituation oder ihren Gesundheitszustand. Sie müssen Arbeitsintegrationsprogramme durchlaufen, auch wenn sie überqualifiziert sind. Ausserdem können Sozialarbeitende unangemeldet Gesuchstellende aufsuchen, um eine Bestandaufnahme vorzunehmen. Dies ist ein Angebot des Kantons, das von den Gemeinden eingekauft werden kann.

Die Auseinandersetzung mit Ämtern und die Stigmatisierung durch die Gesellschaft sind nur zwei Aspekte des Lebens mit Sozialhilfe. Zusätzlich kommen oft noch weitere Alltagsprobleme hinzu: die Betreuung von Kindern, die Herausforderungen einer Patchworkfamilie, Suchtprobleme oder Krankheiten. Die Kombination verschiedener Probleme macht es manchmal schier un-

möglich, die Betroffenen in einen geregelten Arbeitsalltag zu integrieren. Damit bleibt ihnen viel Zeit, um über ihre scheinbar aussichtslose Situation nachzudenken, ihnen fehlt eine Alltagsstruktur, und so beginnt ein Teufelskreis. Viele der BezügerInnen geraten an den Rand der Gesellschaft.

Wir sind überzeugt, dass der allergrösste Teil der Sozialhilfe-BezügerInnen ehrliche und kooperative Menschen sind.

Wir sind uns schnell einig geworden, welches die Ziele unserer Arbeit sind: Aufklärung der Bevölkerung über die Sozialhilfe, Zusammenarbeit mit der Grossratsfraktion und präventiv wirkende Forderungen an den Kanton aufzustellen. Konkret wollen wir Verbesserungen für Kinder, Förderung der Integration in die Arbeitswelt und Beratungsangebote. Die Arbeit wird uns also nicht ausgehen, wir haben viele Ideen. Ich danke für die gute Zusammenarbeit und freue mich über weitere engagierte Mitglieder in diesem Fachausschuss!

AARGAUER SUPPE



Max Chopard-Acklin, Anna Andermatt und Lea Schmidmeister

berichten aus dem Grossen Rat

24. September 2018, 19.30–21 Uhr
Ristorante ALPINI, Klosterstr. 39,
5430 Wettingen



Mit offerierter Suppe.



ZWISCHENFAZIT NACH SECHS MONATEN FACHAUSSCHUSSARBEIT

Fachausschüsse erfolgreich gestartet

NACH DER STARTTAGUNG VOM JANUAR (WIR BERICHTETEN IN LINKS.AG 174) SIND ALLE FACHAUSSCHÜSSE ERFOLGREICH GESTARTET. ERFREULICH: WIR KÖNNEN NACH SO KURZER ZEIT ERSTE ERFOLGE VERZEICHNEN.



Julia Hoppe von Herznach ist Politische Sekretärin der SP Aargau.

Die Gegensteuer-Initiative ist im Fachausschuss Wirtschaft und Finanzen ausgearbeitet und lanciert worden und befindet sich aktuell im Endspurt der Sammelphase. Der Fachausschuss Gesundheit und Soziales unter Leitung von Yvonne Feri legte im Juni der Fraktion erste Vorstossvorschläge zu

den Themen Sozialhilfe, Frühförderung und Gesundheit vor – die Verbindung zwischen Basis- beziehungsweise Fachausschussarbeit und Fraktion, die uns besonders am Herzen lag, ist gelungen. Der Fachausschuss Energie hat bereits an der Vernehmlassungsantwort zum Energiegesetz mitgearbeitet und die Kommissionsmitglieder mit ihrem Fachwissen unterstützt.

Drei Beispiele von vielen, ob Vernehmlassungsantwort, Debattenabend, kommunalpolitische Tagung, Vorstossentwurf oder Positionspapier: Die Fachausschussmitglieder haben die Möglichkeit, sich in die Themen einzuarbeiten, eigene Schwerpunkte auszuarbeiten und ihr Fachwissen einzubringen.

Wenn Du auch Teil der Fachausschüsse werden möchtest, gibt es folgende Arbeitsfelder:

<i>Asyl und Migration</i>	Elisabeth Burgener
<i>Bildung</i>	Colette Basler, Simona Brizzi
<i>Energie</i>	Max Chopard-Acklin
<i>Gesundheit und Soziales</i>	Yvonne Feri
<i>Justiz und Sicherheit</i>	Claudia Rohrer, Arsène Perroud
<i>Kultur und Sport</i>	Elisabeth Burgener, Julia Hoppe
<i>Siedlungsentwicklung, Verkehr,</i>	Gabi Lauper Richner
<i>Natur und Umwelt</i>	
<i>Wirtschaft und Finanzen</i>	Cédric Wermuth, Dieter Egli

Wir freuen uns über neue Gesichter und jede/r ist herzlich willkommen! Interessiert? Dann melde dich bei mir auf dem Sekretariat per Mail (julia.hoppe@sp-aargau.ch) oder Telefon (062 834 94 76).

1. Bildungsreise Samstag, den 8. September in Solothurn und Olten

Unsere 1. Bildungsreise steht ganz im Zeichen des 100. Jubiläumsjahres des Generalstreiks. Wir fahren an die historischen Orte der damaligen Zeit: in Solothurn machen wir einen Museumsbesuch, in Olten lassen wir uns von einem Theater inspirieren und dazwischen treffen wir uns zum Apéro mit einer SP-Sektion.

Programm: 12 Uhr Treffpunkt am Bahnhof Solothurn (Baden ab 10.48, Brugg ab 10.59, Aarau ab 11.29, Olten ab 11.40)

Besuch des Museums Altes Zeughaus – «14/18 – Die Schweiz und der grosse Krieg»

Anfang des 20. Jahrhunderts erschüttert der 1. Weltkrieg die Welt in den Grundfesten. Auch die Schweiz war davon betroffen, was das Gemeinwesen bis heute geprägt hat.

Ca. 15 Uhr Fahrt nach Olten

Apéro – Treffen mit der SP Olten / Nachtessen**Theaterbesuch 1918.CH – 100 Jahre Landesstreik**

Ab 22 Uhr individuelle Heimreise

Kosten Reise (bitte individuell organisieren) und Zwischenverpflegung / Getränke.

Museumsbesuch ca. 10.– / Theaterbesuch 48.– / Nachtessen ca. 30.–. Nach Eingang der Anmeldungen schicken wir eine Rechnung, die Tickets und Detailinformationen. (Bei finanziellen Schwierigkeiten bitte mit uns Kontakt aufnehmen.) Zum Apéro lädt die SP Aargau ein.

Anmeldung an das Sekretariat (bitte angeben: Raiffeisenkarte, Museumspass ja/nein; StudentIn oder AHV und vegi ja/nein)

Wir freuen uns auf euch.

Gabriela Suter, Sandro Covo, Elisabeth Burgener (Kontaktperson 079 563 84 32)

KOMMENTAR**Fachausschuss Justiz und Sicherheit**

Der Fachausschuss Justiz und Sicherheit versteht sich als offene Diskussionsplattform. Die Themen werden primär durch die Vernehmlassungen des Bundes und des Kantons gesetzt. Es ist jederzeit möglich, weitere Themen einzubringen. Der Fachausschuss hat sich einmal getroffen und sich mit dem Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung engagiert auseinandergesetzt. Leider wurde das Engagement in der zuständigen Kommission IUS und im Ratsplenium ausgebremst. Die Vorlage ging zurück an den Regierungsrat, ohne dass diese Vorlage inhaltlich diskutiert wurde. Ein nächstes Treffen des Fachausschusses findet am 26. September 2018 statt. Dort befassen wir uns mit der Umgestaltung der Gerichtsorganisation. Im Nachbarkanton Bern wurde die Gerichtsorganisation umgestellt, die Anzahl der Gerichte wurde reduziert. Im Kanton Basel-Stadt und Zürich gibt es keine Laien mehr bei den Friedensrichterinnen und Friedensrichtern. Der Kanton Aargau kennt 11 Bezirksgerichte. Die Friedensrichterinnen und Friedensrichter sind Laien. Es stellt sich nun die Frage, wie unsere Gerichtsorganisation künftig gestaltet werden soll. Wollen wir eine zusätzliche Regionalisierung, wollen wir eine Professionalisierung? Wie kann der Rechtsfriede gehalten werden? Mögliche Varianten und Visionen diskutieren wir an der nächsten Sitzung. Für das Jahr 2019 ist die Vernehmlassung des Polizeigesetzes angekündigt, auch diese wollen wir diskutieren. Zusätzliche Mitglieder sind jederzeit willkommen.

Claudia Rohrer von Rheinfelden präsidiert zusammen mit Arsène Perroud von Wohlen den Fachausschuss Justiz und Sicherheit. Beide sind SP-Mitglieder des Aargauer Grossen Rates.



JA zum Bundesbeschluss Velo

Der Bundesbeschluss Velo hat zum Ziel, das Velofahren in der Bundesverfassung zu verankern und dem Wandern und dem zu Fuss Gehen gleichzustellen. Die SP Aargau unterstützt den direkten Gegenvorschlag zur Velo-Initiative, welche im Jahr 2015 eingereicht und zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen wurde. Der Bund soll zukünftig Städte, Gemeinden und Kantone bei der Planung von Velowegen unterstützen. Kantone und Gemeinden sind und bleiben für Planung, Bau und Betrieb der Velowegnetze zuständig. Der Bund übernimmt aber neu auch bei den Velowegen eine koordinierende und unterstützende Rolle. Das verbessert die Qualität aller Netze und spart Zeit und Kosten. Verschiedene Verkehrsträger ergänzen sich, und das Velo ist ein wichtiger Teil des Verkehrssystems. Viele Menschen sind auf verschiedene Arten mobil: Auto, öV, zu Fuss oder mit dem Velo. Velo und E-Bike erleben derzeit einen Boom. Zu Recht, da 50 Prozent der Auto- und 80 Prozent der öV-Fahrten in den Agglomerationen nicht länger als 5 Kilometer sind. Velofahren ist umweltfreundlich, gesund und platzsparend. Dank guten verkehrspolitischen Rahmenbedingungen könnten durch den Ersatz von Autofahrten bis zu 5 Kilometern rund 1 bis 3 Prozent der Verkehrsleistung des motorisierten Individualverkehrs verlagert werden. Die Verfassungsergänzung stärkt das Nebeneinander der Verkehrsteilnehmenden sowohl in der Freizeit wie im Alltag. Die Verankerung der Velowegnetze in der Verfassung wird sich wie bei den Fuss- und Wanderwegen bewähren. Velotourismus und Sport werden mit der Zustimmung zum Bundesbeschluss gestärkt.

Arsène Perroud von Wohlen ist SP-Grossrat und Gemeindevorsteher.

ABSTIMMUNG VOM 23. SEPTEMBER 2018

Fair Food und Ernährungssouveränität

BEI DER SUMME ALLER LANDWIRTSCHAFTLICHEN INITIATIVEN IST ES EINE HERAUSFORDERUNG, DEN ÜBERBLICK ZU BEHALTEN. HIER EIN VERSUCH, LICHT INS DUNKEL ZWEIER VORLAGEN ZU BRINGEN.



Colette Basler von Zeihen ist SP-Grossrätin. Sie amtiert als Co-Geschäftsführerin des SBLV (Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband).

Ernährungssouveränität

Die Initiative will eine bäuerliche, solidarische Landwirtschaft, welche diversifiziert und mit gentechfreier, gesunder und regionaler Produktion einhergeht. Sie will Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen sowie mit fairen Arbeitsbedingungen und Preisen einen ausgeglichenen internationalen Markt anstreben.



Diese Forderungen sind zu einem grossen Teil bereits im Artikel 104 des Landwirtschaftsgesetzes und im Artikel 104a über die Ernährungssicherheit enthalten. Zudem wird den Bauernfamilien das Recht zur Vermehrung, zum Gebrauch und zum Handel von Saatgut garantiert. Die Initiative verbietet gentechnisch veränderte Organismen, was dem heutigen Moratorium entspricht. Bäuerliche Organisationen sollen unterstützt und die Transparenz betreffend Märkten und Preise garantiert werden.

Ebenfalls sollen der Handel zwischen Produzierenden und Konsumierenden, sowie die Lagerung und Vermarktung regionaler Produkte gestärkt werden. Die Initiative ermächtigt den Staat zu Zöllen auf landwirtschaftlichen Produkten und zu Importkontingenten. Sie erlaubt des Weiteren Zölle auf Lebensmittel, welche nicht den Schweizer Normen entsprechen, und das Verbot von deren Import.

Die Konkretisierung dieser Massnahmen ist in der Umsetzung schwierig und steht den Prinzipien des freien Handels entgegen.

Ebenso besteht das Risiko, dass die EU-Konformität nicht mehr gewährleistet ist. Ein besonderes Augenmerk gilt den Arbeitsbedingungen und den landwirtschaftlichen Einkommen, die auf Bundesebene harmonisiert werden sollen. Die momentanen kantonalen Lösungen auf Basis von Verträgen erscheinen im Hinblick auf die Heterogenität der Kantone aber als vorteilhafter.

Fair Food

Die Fair-Food-Initiative verlangt, was selbstverständlich ist: Lebensmittel aus einer natur-, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft, produziert unter fairen Arbeitsbedingungen.

Um dies sicherzustellen, braucht es auch für importierte Nahrungsmittel klare ökologische und soziale Standards. Diese werden durch die Fair-Food-Initiative festgesetzt.

Der Kampf gegen ökologisch fragwürdige und unter miserablen Arbeitsbedingungen hergestellte Importe spricht für die Initiative, um Umwelt- und soziale Probleme (so in Almeria) zu mindern. Befürchtet werden bei der Initiative der administrative Aufwand für ihre Umsetzung und der ungenügende Einbezug privatwirtschaftlicher Akteure.

Schweizer Produktionsstandards müssen künftig auch für importierte Lebensmittel gelten; statt schrankenlosem Handel soll ein fairer Handel für nachhaltige Produkte garantiert werden können, was zu einer Verteuerung importierter Produkte und zu einer Schmälerung des Angebotes führen kann.

Den Forderungen der Initiative nach besserer Deklarations-, Produktions- und Verarbeitungsweise stehen die Verpflichtungen der Schweiz gegenüber der WTO und der EU gegenüber, mit denen sie Freihandelsabkommen abgeschlossen hat. Die geforderten Massnahmen zur Eindämmung der Lebensmittelverschwendung hingegen sind sinnvoll und wichtig.

Da für die SP Aargau Ökologie, Nachhaltigkeit und faire Arbeitsbedingungen im Vordergrund stehen, hat sie für beide Vorlagen die JA-Parole beschlossen. Dies ganz nach dem Motto: «Du bist, was du isst.»



Neue Untergruppe der SP Kanton Aargau: 60+

DIE GRUPPE SP 60+ GIBT ÄLTEREN MITGLIEDERN DIE CHANCE, SICH GEZIELTER IN WICHTIGEN THEMEN DER ALTERSPOLITIK ZU ENGAGIEREN UND AUSZUTAUSCHEN. ZUDEM UNTERSTÜTZT DIE GRUPPE DIE KANTONALPARTEI MIT IHREN ERFAHRUNGEN UND WERTEN. UND WICHTIG IST, DASS DIE ÄLTEREN MITGLIEDER DER SP UNTER DEM TITEL 60+ ERHALTEN BLEIBEN.



Julia Hoppe von Herznach ist Politische Sekretärin der SP Aargau.

Am 21. Juni 2018 trafen sich fünf Mitglieder der Kerngruppe, beschlossen die offizielle Gründung und organisierten die Gründungsversammlung vom 17. Oktober 2018 (weitere Informationen hierzu folgen). Ein provisorischer Vorstand organisiert die erste Veranstaltung und kümmert sich darum, der neuen Organisation eine klare Struktur mit den nötigen Statuten zu geben.

Thematisch sind der SP 60+ keine Grenzen gesetzt. Die Interessen richten sich nach den Ressourcen und Erfahrungen der Mitglieder, nach aktuellen politischen Debatten oder der Förderung von Ideen betreffend Alterspolitik innerhalb der Partei und der Gesellschaft.

Selbstverständlich ist auch eine Zusammenarbeit mit verwandten Gruppierungen auf nationaler, kantonaler, regionaler und

lokaler Ebene geplant. Der Austausch mit Kommissionen innerhalb und ausserhalb der SP sowie mit nahestehenden Gruppierungen ist fester Bestandteil der Arbeit.

Die SP 60+ formulierte folgende Ziele für ihre Arbeit:

- Repräsentation in Entscheidungsgremien von politischen Institutionen
- Förderung gesellschaftlicher Teilhabe im Alter
- Gezielte Förderung generationenübergreifender Projekte
- Sicherstellung politischer Anliegen der älteren Bevölkerung, auch parteiübergreifend, aktive Thematisierung und Einbringung.

Wer mehr Informationen über die Gruppe SP 60+ Aargau haben oder beitreten möchte, meldet sich bitte telefonisch (062 834 94 74) oder per Mail (sekretaria@sp-aargau.ch) beim Sekretariat.

Thematisch sind der SP 60+ keine Grenzen gesetzt.



Von links: Hansjürg Rohner, Sigrid Bürgi, Charly Suter, Elisabeth Burgener, Marcel Huggenberger. Nicht auf dem Bild: Christoph Grathwohl, Ruth Schmid, Marie-Louise Nussbaumer, Ursula Hofmann.

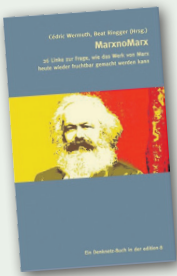


Finanzen und vermehrt Wirtschaft

Wegen der kantonalen Abbaumassnahmen stand in den letzten eineinhalb Jahren im Fachausschuss Finanz und Wirtschaft vor allem die aktuelle Finanzlage unseres Kantons im Zentrum. Die Fachausschuss-Mitglieder haben Inhalt und Form der Gegensteuerinitiative erarbeitet, für die wir momentan Unterschriften sammeln. Auch der Abstimmungskampf für die Initiative wird den Fachausschuss beschäftigen: Es geht darum, eine Alternative zur ruinösen Steuersenkungspolitik im Aargau zu bieten. Noch vermehrt wollen wir uns im Fachausschuss nun auch um die Wirtschaftspolitik unseres Kantons kümmern. Der Aargau baut mehr als andere Standorte auf Industrieunternehmen. Dass dort Digitalisierung und Globalisierung voll einschlagen, haben uns die jüngsten Stellenabbauvorhaben bei General Electric, Rockwell, Roche und Zehnder schmerzlich gezeigt. Auf diese Entwicklung muss die Politik reagieren – mit einer Industriepolitik, die diesen Namen verdient, und die nicht nur auf den Bund verweist, wo nichts läuft... Mit einem kantonalen wirtschaftspolitischen Leitbild wollen wir dieses Thema aufnehmen. Denn die SP ist die wichtigste Wirtschaftspartei im Land. Wir vertreten als einzige Partei konsequent die Anliegen der Angestellten: Sie sind das Rückgrat der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass von den Chancen der Digitalisierung nur die globalen Unternehmen profitieren, während die Arbeitnehmenden die Risiken tragen und die ganzen Negativfolgen wie Lohneinbussen, «flexibilisierte» Arbeitsbedingungen oder gar Jobverluste hinnehmen müssen.

Nächste Fachausschuss-Sitzung mit Regierungsrat Urs Hofmann: Dienstag, 16. Oktober, 19.00 Uhr, im Volkshaus Aarau

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Cédric Wermuth ist Aargauer SP-Nationalrat. Beide präsidieren den Fachausschuss Finanz und Wirtschaft.



MARXNOMARX

Marx für heute

DER NEUE «DENKNETZ»-BAND VERSAMMELT 33 BEITRÄGE VON SCHWEIZER LINKEN ZU IHREM VERHÄLTNISS ZU KARL MARX. DIE HERAUSGEBER BEAT RINGGER UND CÉDRIC WERMUTH ZEIGEN, WO DIE JUNGEN UND ÄLTEREN AUTORINNEN UND AUTOREN IN IHREM FORSCHUNGSBEREICH UND IHRER ARBEIT EINEN GRÖßEREN ODER KLEINEREN EINFLUSS DES GROSSEN VERFASSERS DES «KOMMUNISTISCHEN MANIFESTS» UND DES «KAPITALS» SEHEN. MARX' KAPITALISMUSKRITIK GILT HEUTE NOCH. MITTE DES 19. JAHRHUNDERTS GAB ES NOCH KEINE UMWELTZERSTÖRUNG UND KEINEN FINANZKAPITALISMUS – DER KAPITALISMUS FUNKTIONIERT JEDOCH NOCH HEUTE NACH DEN GLEICHEN VON MARX ERKANNTEN VORGABEN VON PROFIT & CO.

«Marx hat unsere Vorstellungen über das Funktionieren von Gesellschaften weitaus stärker beeinflusst, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag», stellen die beiden Herausgeber Beat Ringger und Cédric Wermuth fest. Auch dass Marx stets polarisierte und heute noch provoziert: Das Proletariat? Gibt es das heute noch? Nur aus einem eurozentrierten Denken kann die Frage gestellt werden. Die beiden Soziologen Florian Buttollo und Oliver Nachtwey wehren sich denn auch gegen die Meinung, Marx' Blick auf die Arbeitsgesellschaft sei verjährt. Denn Marx hat nicht die Form der Arbeit, sondern deren Verhältnis zum Kapital analysiert. Die von Marx beschriebene Prekarisierung findet sich heute da, wo die gesicherte Erwerbsarbeit der industriellen Moderne verschwindet. «Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis», «das Leitbild für gute Beschäftigungsbedingungen» mit Einkommen, Kündigungsschutz und Absicherung durch Sozialversicherungen, schwindet. Und die überwiegend von Frauen meist unbezahlt ausgeübte Sorgearbeit kämpft um ihr Prestige, ihre «Wertigkeit» – was von Marx unbeachtet blieb, wie die Feministinnen Sarah Schilliger und Katrin Meyer festhalten. Und doch: Die Theoriegeschichte des Feminismus im 20. Jahrhundert wäre ohne Marx nicht denkbar, meint Katrin Meyer: «Gesellschaftliche und persönliche Widersprüche zu erkennen und zu politisieren, ist demnach der erste Schritt zu einer emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft.»

Erkenntnisfördernd auch die Beiträge der

Gebrüder Cédric und Yann Wermuth («Nichts was ist, muss sein»), die zeigen, wie die kapitalistischen Kategorien ideologisch gemacht, demnach hinterfragt und entzaubert werden können, des emeritierten marxistischen Philosophen Urs Marti-Brander («Marx und das Paradox der Freiheit» – geistert da Buñuels Fantôme de la Liberté durch den Titel?) zeigt mit der ihm eigenen List und überzeugenden Argumentation, wie der Begriff der Freiheit ideologisch von Marx nur als Freiheit der herrschenden Klasse entlarvt wurde. Rebekka Wylers sehr aktuelle Analyse des Verhältnisses der Linken zu Europa schränkt dann wieder die «Brauchbarkeit» der Marx-Engelschen Analyse ein: Zwar wäre der Zusammenschluss der europäischen Länder im Sinne von Marx gewesen, jedoch lässt sich die wegen den teilweise kritischen Entwicklungen innerhalb der EU uneinheitliche Haltung der Linken zu Europa und auch die weitere Taktik der Linken nicht mit Marx erklären.

In den 33 Beiträgen wird klar: Es gibt keine aktuelle von der Linken bearbeitete politische Thematik, die nicht von Marx oder mit Marx analysiert und weitergedacht werden kann. Der Sammelband bietet viel Denknahrung und trotz der anspruchsvollen Diskussionen auch fröhliche Wissenschaft.

Katharina Kerr ist Redaktorin links.ag.

Cédric Wermuth, Beat Ringger (Hrsg.): MarxnoMarx. 33 Linke zur Frage, wie das Werk von Marx heute wieder fruchtbar gemacht werden kann. Ein Denknetz-Buch in der edition 8. Zürich, Juni 2018. 228 Seiten. Fr. 27.90 (über die SP Fr. 23.–)

AGENDA

8. September 2018, 12 – 22 Uhr, **Bildungsreise Theater «1918»**
Details siehe Seite 13 dieser Ausgabe.
Grosses mehrsprachiges Theaterereignis zum Landesstreik. Dem abendlichen Theaterbesuch geht ein Tagesprogramm voran. Die SP Aargau hat Karten reserviert. Bitte meldet Euch im SP-Sekretariat an.

22. September, 10 – 13 Uhr, Familienzentrum Karussell, Haselstrasse 6, 5400 Baden
Die unvollendete direkte Demokratie.
Bildungstagung mit Andi Gross. Teil 3.
Es wird um Anmeldung beim Sekretariat gebeten (sekretariat@sp-aargau.ch oder telefonisch 062 834 94 74). Die Teilnahme an der Lesewerkstatt ist für Mitglieder der SP Aargau reserviert und für diese kostenlos. Die Teilnehmer*innen bezahlen die Bücher jeweils selber.

23. September 2018
Abstimmungssonntag

24. September, 19.30 - 21 Uhr, Ristorante Alpini, Klosterstrasse 39, 5430 Wettingen
Aargauer Suppe. Max Chopard-Acklin, Anna Andermatt und Lea Schmidmeister berichten aus dem Grossen Rat Mit offener Suppe.

26. September, 19 – 22 Uhr, Bullingerhaus, Jurastrasse 13, Aarau
Ausserordentlicher Parteitag.
Nomination Ständeratswahlen 2019.
Frist für Bewerbungen bis 30. August 2018.

27. Oktober 2019, 9.30 bis 13 Uhr im Grossratsgebäude Aarau
Kommunalpolitische Tagung zum Thema Gesundheits- und Sozialpolitik.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43,
Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255
Redaktion: Katharina Kerr,
katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
6. August 2018
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
8. Oktober 2018
Erscheinen nächste Ausgabe:
26. Oktober 2018
An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Colette Basler, Elisabeth Burgener, Max Chopard, Dieter Egli, Yvonne Feri, Urs Hofmann, Julia Hoppe, Katharina Kerr, Arsène Perroud, Claudia Rohrer, Gabriela Suter, Florian Vock, Cédric Wermuth.

ABSTIMMUNGEN VOM 23. SEPTEMBER 2018 PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»): **JA**
- Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»: **JA**
- Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»: **JA**

KANTON AARGAU

- Aargauische Volksinitiative «Millionärssteuer – Für eine faire Vermögenssteuer im Aargau» vom 24. Juni 2016: **JA**